



**Stadt
Luzern**

Grosser Stadtrat

Postulat Nr. 224 2010/2012

Eingang Stadtkanzlei: 2. August 2011

**Wurde anlässlich der
29. Ratssitzung vom
29. März 2012 mit
B+A 1/2012 abgelehnt**

Zonen für den gemeinnützigen Wohnungsbau in der BZO

In der Stadt Luzern sind Wohnungen für breitere Bevölkerungsschichten an bevorzugten Wohnlagen kaum mehr bezahlbar. Wohnbaugenossenschaften spielen hier eine wichtige Rolle. Sie stellen qualitativ hochwertigen Wohnraum zu fairen Mietzinsen zur Verfügung und sorgen vor allem langfristig für tiefe Mieten (rund 20 % günstiger als bei vergleichbaren Marktobjekten), weil sie die Gewinne in die Liegenschaften reinvestieren. Sie schaffen den notwendigen sozial- und wirtschaftspolitischen Ausgleich, indem sie zur Durchmischung der Quartiere beitragen, dem breiten Mittelstand ermöglichen, in der Stadt zu wohnen, und nicht zuletzt zu Einsparungen bei den Sozialhilfekosten beitragen. Gemeinnütziges Wohnen muss für die Zukunft unserer Stadt erhalten und gefördert werden.

Der Stadtrat hält es „zum heutigen Zeitpunkt“ nicht für einen „gangbaren Weg“, Genossenschaftszonen einzurichten, schreibt er im Mitwirkungsbericht vom Juni. Er will stattdessen im Rahmen von Gestaltungsplänen einen Bonus für die Errichtung eines Anteils von gemeinnützigen Wohnungen anbieten. Ein solches Anreizsystem ist ein guter Vorschlag, aber er genügt nicht, um den Anteil von gemeinnützigem Wohnraum langfristig zu fördern.

Wir fordern den Stadtrat deshalb auf,

1. im Zuge der BZO-Revision Zonen für gemeinnützigen Wohnungsbau aufzunehmen. Dies gilt insbesondere für die Gebiete Obere Bernstrasse und Urnerhof.
2. in Zusammenarbeit mit den Genossenschaften weitere Gebiete für mögliche Zonen für gemeinnützigen Wohnbau zu definieren. Dabei soll insbesondere auch ein Einbezug eines Teils des Schlüsselareals Steghof geprüft werden. Als Vorbild könnte das Erfolgsmo-

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 88 76
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: grstr@stadtluzern.ch
www.stadtluzern.ch

dell Tribschenstadt dienen (prozentmässiger Anteil gemeinnütziger Wohnungsbau / Ausscheiden eines Baufeldes für den gemeinnützigen Wohnungsbau).

Luzia Vetterli und Marcel Budmiger
namens der SP/JUSO-Fraktion

Martin Merki und Hugo Stadelmann
namens der FDP-Fraktion

Stefanie Wyss und Philipp Federer

Thomas Gmür, Markus Mächler
und Ernst Zimmermann
namens der CVP-Fraktion

Jules Gut
namens der GLP-Fraktion